

Haushaltsrede 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

jetzt haben wir den Salat - so könnte man salopp angesichts der Haushaltszahlen sagen. Seit Jahren drohend vor der Tür und immer nur durch Ausschöpfung aller buchhalterischen Mittel durch unseren Kämmerer verhindert müssen wir uns nun mit einem Haushaltssicherungskonzept beschäftigen. Oder sollen wir es lieber, wie Herr Baudrexl vor einigen Tagen für die Zeitung formulierte „86 unsinnige Maßnahmen“ nennen? Denn es ist allen hier Anwesenden klar, dass die Stadt Kamen keine Chance hat, innerhalb der vorgegeben Frist einen ausgeglichenen Haushalt darzustellen. Wie wollen wir Einsparungen von 29 Millionen in diesem und jeweils rund 20 Millionen Euro in den nächsten Jahren erwirtschaften? Sie, Herr Baudrexl haben bei der Einbringung des Haushaltes sehr beredt das Wort 'Vergeblichkeitsfalle' vermieden. Aber genau in dieser Falle stecken wir jetzt. Selbst wenn wir alle freiwilligen Leistungen streichen, wenn wir Bücherei, VHS und Musikschule schließen, wenn wir die Stadthalle dicht` machen, wenn wir die Elternbeiträge auf 19% anheben und die Parkgebühren uns jährlich 2 Millionen zusätzlich bringen, selbst dann können wir keinen ausgeglichenen Haushalt darstellen. Damit retten wir die Stadt nicht!

Wie kann es sein, dass Bund und Land in Zeiten der Wirtschaftskrise hemmungslos Kredite aufnehmen, Rettungsschirme für klamme Banken aufspannen und gleichzeitig von den Kommunen verlangen, dass sie ihre Schulden abbauen und sogar noch für Abschreibungen Ausgleichsfinanzierungen darstellen?

Wenn der Regierungspräsident sich vor diesem Hintergrund hinstellt und sagt, die Not leidenden Kommunen sollten

einfach sparen, dann klingt das wie der vielzitierte Satz „wenn sie kein Brot haben sollen sie Kuchen essen.“ Im Moment scheint der Regierungspräsident jedenfalls eher damit beschäftigt, zu prüfen, welche Einflussmöglichkeiten er hat, als sich der Frage zu widmen, wie die Kommunen finanziell besser gestellt werden könnten.

Die Hälfte aller kreisangehörigen Gemeinden im Regierungsbezirk befinden sich 2010 im Nothaushalt, nicht eine einzige kann für dieses Jahr einen strukturell ausgeglichenen Haushalt darstellen. Damit ist der Nothaushalt kein einmaliges, nur in seltenen Ausnahmefällen vorkommendes und eigentlich rechtswidriges Ereignis, der Nothaushalt wird zum Normalfall! Gesamtstaatliche Aufgaben werden immer stärker auf die Kommunen abgewälzt, ohne dass eine finanzielle Konzeption dahinter steht. Die kommunale Finanzreform, die wir schon seit Jahren fordern, muss nun endlich kommen. Sie bildet den einzigen sinnvollen Lösungsansatz für die Probleme der Kommunen. Sarkastisch könnte man feststellen, dass die ganzen Haushaltssicherungskonzepte und Nothaushalte auch ein Gutes haben: in Arnsberg werden Stellen aufgestockt, die Aufsicht kommt mit ihrer Aufsicht nicht hinterher! Dort hat sich eine regelrechte Jobmaschine entwickelt! Dabei frage ich mich, wie Menschen, die Kamen lediglich aus den Verkehrsnachrichten kennen und die unmittelbaren Auswirkungen der Sparpolitik nicht tagtäglich spüren, qualifiziert darüber entscheiden können, welche Einrichtungen und Leistungen wünschenswert und erforderlich für unsere Stadt sind?

Die „Liste der Grausamkeiten“, wie sie von den Zeitungen genannt wurde, beinhaltet schwerwiegende Einschnitte in das öffentliche Leben unserer Stadt. Niemand hier im Rat wird leichtfertig dafür oder dagegen stimmen, alle haben sich sehr

lange, sehr ausführlich und sehr ernsthaft mit den Vorschlägen der Verwaltung beschäftigt.

Zunächst einmal möchte ich für unsere Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN sagen, dass wir uns sehr freuen, mit unserer Forderung nach einer Parkraumbewirtschaftung endlich, endlich durchgedrungen zu sein! Rund 1 Million zusätzlicher Einnahmen sind eine deutlich spürbare Entlastung. Und was hätten wir schon einsparen können, wenn SPD und CDU die Parkraumbewirtschaftung nicht über Jahrzehnte verhindert hätten. Es ist heute niemandem mehr zu vermitteln, dass der Pendelverkehr für unser Stadtfest mit 1500€ jährlich oder das Taxibus-Angebot ab 2012 ausfallen sollen, während der Individualverkehr völlig ungeschoren davon kommt. Wer wegen 50 Cent Parkgebühr pro Stunde lieber in Dortmund oder Unna einkaufen möchte, sollte doch einmal überlegen, ob nicht der Benzinverbrauch dorthin schon deutlich teurer ist. Und Parkgebühren zahlt man dort auch, sogar erheblich mehr! Die Attraktivität einer Innenstadt hängt nicht vom kostenlosen Parken ab, sondern von der Qualität und Vielfalt des Angebotes im Einzelhandel. Für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt haben wir in den vergangenen Jahren einiges getan. Es geht nicht um Abzocke bei den Bürgern, sondern um Finanzierungsgerechtigkeit. Das Bereitstellen von öffentlichem Parkraum kostet jährlich Millionen, da ist es nur gerecht, wenn auch die Nutzer angemessen an den Kosten beteiligt werden.

Selbstverständlich tut uns die Kürzung der Mittel für unsere politische Arbeit weh, aber natürlich müssen und wollen auch wir unseren Beitrag zum Versuch der Sanierung unseres Haushaltes leisten! Die Straffung der Ausschussstruktur hat meine Fraktion bereits im Vorfeld der konstituierenden Ratssitzung angeregt. Leider haben wir uns nicht durchsetzen

können, obwohl bereits abzusehen war, dass eine Haushaltssicherung notwendig wird.

Unsere Eigenbetriebe sollen auch ihren Beitrag in Form von Gewinnabflüssen leisten. Das ist auch in Ordnung so, nur sollten wir bedenken, dass gerade GSW und Sparkasse immer als großzügige Sponsoren bekannt waren und so in der Vergangenheit schon einige Härten abgemildert haben. Inwieweit dies dann zukünftig noch gilt bleibt abzuwarten.

Wir sind sehr froh, dass die Jahrespraktikanten im Jugendfreizeitzentrum erhalten bleiben, denn sie sind eine wertvolle Unterstützung für die hauptamtlich dort Tätigen. Wir haben als eine der wenigen Städte im Kreis noch eine gute, präventiv wirkende Jugendarbeit, die von den Kindern und Jugendlichen sehr gut angenommen wird. Daran wollen wir als Grüne unbedingt festhalten. Zudem sind wir gespannt auf das Konzept, mit welchem die Stadt den Wegfall der Jugendfreizeitfahrten kompensieren will. Wir begrüßen es, wenn dadurch mehr Jugendlichen die Chance eröffnet wird, an Ferienangeboten in der Stadt teilzunehmen.

Alle Kürzungen, die den ÖPNV angehen lehnen wir ab, seien es die Sonderverkehre zum Stadtfest, die wir ganz im Gegenteil noch auf die Weihnachtsmärkte ausgedehnt wissen wollen, sei es der Entfall des Taxibusses. Alle Sparmaßnahmen in diesem Bereich müssen wir später sowieso durch den Zuschuss an die VKU tragen, hier funktionieren Kürzungen nach dem Prinzip „linke Tasche, rechte Tasche“.

Die Erhöhung im Kindertheater zeigt deutlich, dass in Zeiten wie diesen an der kulturellen Bildung von Kindern schnell gespart wird – der Schaden ist groß, der Effekt lächerlich gering! Der Verzicht auf die Teilnahme am Landesprogramm Kultur und Schule ist ebenso der falsche Weg. 80% der

Kosten werden vom Land getragen, mit einem marginalen Beitrag kann hier viel Gutes bewirkt werden.

Wir können uns nicht vorstellen, dass im Bereich Stadthalle und Technopark keine deutlichen strukturellen Verbesserungen erreicht werden können. Klar, dass wir diese Bereiche nicht einfach „dicht machen“ können. Aber so klaglos jedes Jahr mal eben eine halbe Million als Zuschuss zu finanzieren kann doch auch nicht sein. Der vorgesehene Beitrag zur Konsolidierung kompensiert nicht einmal die Erhöhungen der letzten Jahre. Als Zielvereinbarung mit den jeweiligen Geschäftsführungen ist das nicht ausreichend.

Die Erhöhung der Elternbeiträge ab dem Jahr 2011 in den Tageseinrichtungen für Kinder und der OGGS lehnen wir ab. Durch die übrigen Sparmaßnahmen und Gebührenanhebungen sind Familien mit Kindern bereits mehrfach betroffen. Den Eltern ist eine dritte Erhöhung innerhalb von vier Jahren nicht zuzumuten.

Wir wissen, dass die Kosten für die Stadt durch den Ausbau der U3-Plätze steigen. Ist dies dem Land eigentlich auch bewusst? Alle Städte in NRW haben mit der Umsetzung der Gesetzesforderung große finanzielle Schwierigkeiten. Dies zeigt einmal mehr, dass die Landesregierung hier in der dringenden Pflicht ist, zu handeln und ihren Kommunen den Rücken zu stärken.

In Vergangenheit und Gegenwart sind, unter anderem durch das Konjunkturpaket II, viele Investitionen im Bereich der Sportstätten und Sporthallen getätigt worden. Von 12.000qm Sporthallenfläche in gutem Zustand träumt manch andere größere Kommune. Daher sollte noch einmal über einen Betriebskostenzuschuss für Vereine nachgedacht werden. Andere Träger zahlen zukünftig 10 € pro Übungseinheit. Da

können wir den Vereinen und auch Hobbysportlern nicht mehr kostenfrei eine beheizte Halle und warmes Wasser für die Duschen zur Verfügung stellen.

Genau so kritisch sehen wir den Bau eines weiteren Kunstrasenplatzes - wir sind der festen Überzeugung, dass natürlicher Rasen einfach kostengünstiger ist. Wir lassen uns da auch weiterhin nicht von den Rechenkunststücken unseres Beigeordneten blenden. Zudem in Zeiten eines möglichen Nothaushaltes 600.000 € Investition für einen dritten Platz in Kamen-Mitte beinahe unanständig sind. In der Vergangenheit sind bei den Vereinen Begehrlichkeiten geweckt worden, die in dieser Notsituation nicht befriedigt werden können. Aus ökologischen und gesundheitlichen Gründen verbietet sich Plastikrasen per se.

Investitionen in energetische Verbesserungen halten wir auch zukünftig für sinnvoll. Mit Verlaub, Herr Bürgermeister Hupe, Herr Baudrexl, die Worte „das rechnet sich nicht“ lassen vor unseren Augen - siehe Parkraumbewirtschaftung - ganz schnell Beträge von 500.000 - 1 Million € erscheinen.

Im HSK lesen wir nun auch, dass ein von uns schon lange gefordertes Konzept für Straßenbeleuchtung ein enormes Einsparpotential von 175.000€ jährlich ab 2012 bringt. Allerdings fragen wir uns, warum die GSW für das Konzept zwei Jahre benötigt. Die Haushaltslage erfordert ein schnelles Handeln, daher sollte die konzeptionelle Arbeit in 2010 abgeschlossen werden, damit schon ab 2011 Einsparungen erzielt werden können. Außerdem wünschen wir uns eine Kosten/Nutzenanalyse für die energetische Sanierung von Gebäuden. Auch Herr Diegel muss einsehen, dass manchmal ein Euro ausgegeben werden muss, um künftig deren zwei einzusparen!

Wir stimmen dem Haushaltsplan für 2010 zu, den Maßnahmenkatalog hingegen lehnen wir ab. Natürlich sind wir sehr froh, dass alle Einrichtungen in Kamen erhalten bleiben, aber allein das reicht uns nicht. Es findet sich nur wenige Neuerungen im HSK, die meisten Maßnahmen sind Haushaltssicherungskonzepten der Vergangenheit entnommen. Betroffen sind wie immer vorwiegend Kinder, Jugendliche und Familien. Wichtige Punkte wie Einsparungen im energetischen Bereich fehlen, wohingegen die Kürzungen im sozialen Bereich und im ÖPNV für uns nicht tragbar sind.

Alle Maßnahmen zusammengekommen ergeben einen Einspareffekt von 21 Millionen - innerhalb von 4 Jahren! Allein in diesem Jahr aber erwirtschaften wir bereits einen Verlust von 29 Millionen - bis 2013 sind es annähernd 90 Millionen. Wir kommen aus der Schuldenfalle aus eigener Kraft nicht mehr heraus! Da müssen an anderer Stelle die Hebel umgelegt werden.

Die Bezirksregierung will Blut sehen, das ist wahr, aber deshalb müssen wir uns noch lange nicht ins eigene Fleisch schneiden.